Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 583. Abendblatt. Freitag, den 14. Dezember. 1866.

Deutschland.

Berlin, 14. Dezember. Se. Maj. der König empfing gestern Vormittags, im Beisein des Gouverneurs Grafen Waldersee und des Stadtkommandanten v. Alvensleben, mehrere Militärs, unter ihnen den aus Florenz zurückgekehrten Major im Generalstabe v. Lucadou und den österreichischen Jäger-Offizier v. Petersen, Hannoveraner von Geburt, nahm die Vorträge des Finanzministers v. d. Heydt, des Oberst-Kämmerers Grafen Redern entgegen und arbeitete darauf mehrere Stunden mit dem Kriegsminister v. Roon, dem General v. Podbielski und dem Chef des Militär-Kabinets v. Tresckow. Vor dem Diner fand noch eine Konferenz mit dem Minister-Präsidenten Grafen v. Bismarck statt.

— Man glaubt, daß bei der bevorstehenden Anwesenheit des Königs und des Kronprinzen von Sachsen viele Hände bemüht sein werden, den Maschen des norddeutschen Bundesnetzes die von den hohen Besuchern gewünschte Weite zu geben. Man glaubt aber auch, daß der Graf Bismarck diejenige Festigkeit bewahren wird, welche in ernsten Staatssachen bisher weder sentimentale noch galante Rücksichten haben erschüttern können.

— Die von der vormals hannöverschen Armee hier eingetroffenen Militärs, Generallieutenant v. Arentsschildt, Generalmajor v. d. Knesebeck, Oberst v. Geyso, Oberst Cordemann und Hauptmann Krause machten am Mittwoch dem Kriegsminister ihre Aufwartung und werden, wie wir hören, von dem Könige und den Königlichen Prinzen empfangen werden.

— Bei Gelegenheit des Dienstjubiläums unseres Königs haben die Mitglieder des Nationaldanks einen speziellen Fonds zur Unterstützung der Veteranen aus den Freiheitskriegen gegründet. Die Revenüen dieses Fonds sollen am 1. Januar in der Höhe von 920 Thlr. an die Landes-Veteranen vertheilt werden.

— Der „Staats-Anz." enthält in seinem nichtamtlichen Theile folgende Mittheilung:

„In dänischen und belgischen Blättern werden tagtäglich die handgreiflichsten Erdichtungen über die Politik des preußischen Kabinets und über angebliche Aeußerungen seiner Mitglieder verbreitet. Die Aufgabe des „Staats-Anzeigers" kann es nicht sein, sich dauernd mit einer Widerlegung dieser absichtlichen Fälschungen zu beschäftigen. Wir wollen aber heute an einem Beispiele jenes unwürdige Treiben kennzeichnen. Das in Kopenhagen erscheinende „Dagbladet" vom 10. d. M. meldet nämlich nach einem Berliner Telegramm, der Herr Minister-Präsident Graf von Bismarck habe eine schleswig-holsteinische Deputation von Hadersleben empfangen und derselben erklärt:

„daß in Nordschleswig nicht eher eine Abstimmung stattfinden würde, als bis sich die Verhältnisse dort befestigt hätten."

Diese Erzählung ist in allen Theilen erdichtet. Eine schleswig-holsteinische Deputation von Hadersleben ist in Berlin nicht bemerkt worden. Der Herr Minister-Präsident, welcher überhaupt keine Deputation empfängt, hat jene angebliche Absendung von Hadersleben nicht gesehen, mithin derselben auch keine Erklärung über die Abstimmung in Nordschleswig gegeben."

— Zum General-Intendanten d. K. Schauspiele in Dresden ist an Stelle des verstorbeneu Barons v. Könneritz der Vorgänger Dingelstädts in Weimar, der Baron Beaulieu-Mareonai, ernannt worden. Von einer Berufung Dingelstädts zum Posten eines Intendanten in Stuttgart ist in neuester Zeit vielfach die Rede, indessen eine bestimmte Entscheidung hierin noch nicht erfolgt.

— Kaum hat uns die Cholera verlassen, und schon hat sich ein anderer unheimlicher, namentlich an Kindern verderblicher Gast eingeschlichen. Die brandige Halsbräune ist bereits vielfach aufgetreten und daher allen Eltern anzurathen, die Kinder namentlich vor dem schneidenden Wind zu hüten. Auch Masern und Scharlachfieber herrschen jetzt vielfach.

— Die für den 15. d. M. im Klub der Landwirthe (Hotel de Rome) anberaumte General-Versammlung der Spiritus-Fabrikanten Deutschlands findet eingetretener Umstände halber erst Freitag am 21. Dezember Vormittags 11 Uhr statt.

— Nach einem kürzlich ergangenen Urtel des Obertribunals steht seinem außerehelich geborenen Kinde gegen seinen natürlichen Vater ein selbstständiges Klagerecht auf rückständige Alimente nicht zu.

— Nach amtlichen Mittheilungen beträgt die Zahl der wegen besonderer Auszeichnung im letzten Kriege aus dem Feldwebelstande zu Sekonde-Lieutenants Beförderten 17, worunter auf die Garde 6 kommen. Der Waffe nach gehören an: der Infanterie 13, der Kavallerie 1 und der Artillerie 3.

Berlin, 13. Dezember. (Abgeordnetenhaus.) 43. Sitzung. (Schluß aus dem heutigen Morgenblatte.) Finanzminister Frhr. v. d. Heydt überreicht einen Gesetzentwurf, betreffend die Ermächtigung der Regierung, mit der Aufhebung des Salzmonopols vorzugehen, auch wenn die süddeutschen Regierungen damit nicht übereinstimmen. — Ferner überreicht der Finanzminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Gewährung der Stempelfreiheit an gemeinnützige Aktien-Baugesellschaften, und einen Gesetzentwurf, betreffend die Abgaben von allen nicht im Besitz des Staates befindlichen Eisenbahnen. Die beiden ersten Gesetzentwürfe gehen an die Kommission für Finanzen und Zölle, der letzte an diese Kommission in Verbindung mit der Kommission für Handel und Gewerbe. — Dann schreitet das Haus in der Tagesordnung weiter. Der Etat der Domänen wird ohne Diskussion genehmigt. Bei dem Etat der Forsten leitet der Regierungs-Kommissar, Ober-Land-Forstmeister v. Hagen, die Debatte ein. Er weist zunächst auf die einzelnen Positionen der Einnahmen hin. Die Staatsregierung hat es sich angelegen sein lassen, die Produktionsfähigkeit der Forsten zu erhöhen, sie ließ sich nicht von den Grundsätzen neuerer Theorien verleiten, die Forsten zu spekulativen Zwecken zu verwenden, woraus leicht eine Noth an Nutzholz eintreten könnte. Dies zur Beruhigung Derjenigen, welche aus der Steigerung der Einnahme Bedenken herleiten könnten über die Wirthschaftlichkeit der Forstverwaltung. Denjenigen aber, welche die alten Bäume schneller beseitigt wünschen, erwidere ich, daß wir nicht länger damit säumen als nothwendig. Zur General-Diskussion nimmt das Wort:

Abg. Schmidt (Randow) erkennt die Steigerung der Staats-Einnahmen und die Besserung des Staatsvermögens an. Seit dem Jahre 1849 hat sich die Einnahme aus den Forsten von 100 auf 300 erhoben, die Ausgabe nur von 100 auf 128 und die Ueberschüsse von 100 auf 123 sich gesteigert. Redner spricht die Hoffnung aus, daß die Staatsregierung gleiche Sorgfalt auch ferner auf die Forstkultur verwenden werde, und bittet die Positionen zu genehmigen. — Abg. Michaelis (Stettin) bittet die Staatsregierung, der Eichenschälwalds-Kultur eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. — Regier.-Kommissar Hagen sagt dies zu, wo es die Verhältnisse gestatten. — Abg. Ziegler verweist darauf, daß nicht jeder Boden sich zu dieser Kultur eigne. Die Staatsregierung werde dies schon thun, wo es der Boden und die Verhältnisse gestatten, man möge es dieser nur überlassen, außerdem aber die Eber, welche der Kultur schaden, vertilgen. Nachdem noch der Abg. Dr. v. Bunsen diese Kultur befürwortet, wird die General-Diskussion geschlossen und die Einnahmen ohne weitere Diskussion genehmigt.

Zu den Ausgaben nimmt das Wort Regier.-Kommissar v. Hagen und giebt eine allgemeine Uebersicht über die Ausgaben des Etats. Der Tit. 2 und 3 für das Diensteinkommen ist erhöht worden; bisher wurden nämlich die in Emolumenten bestehenden Theile des Gehaltes der Forstbeamten als nicht pensionsberechtigt angesehen. Allein dies zu thun erfordert die Gerechtigkeit und kann dem Staate höchstens eine Ausgabe von 2100 Rt. jährlich verursachen. In Bezug auf den Antrag des Herrn Abg. Schmidt muß ich bemerken, daß für den nächsten Etat der Finanzminister schon eine Anordnung in der Richtung dieses Antrages erlassen hat.

Abg. Schmidt (Randow): Nachdem der Herr Regierungs-Kommissar eine derartige Erklärung abgegeben, habe ich nicht mehr nöthig, meinen Antrag zu befürworten, und bitte, denselben anzunehmen. Abg. Lasker: Ich bitte, den Antrag abzulehnen; wir haben schon so viel Erhöhungen der Ausgaben votirt, daß es endlich einmal Zeit ist, dem Einhalt zu bieten, um so mehr bei der Erklärung, die wir eben von dem Regier.-Kommissar vernommen. — Abg. Schmidt (Randow) wendet sich gegen diese Auffassung und bittet seinen Antrag im Interesse der Forstbeamten selbst anzunehmen. — Nachdem sich noch der Abg. Reichenheim gegen diesen Antrag ausgesprochen, wird derselbe abgelehnt, die übrigen Positionen des Etats werden ohne wesentliche Diskussion genehmigt. — Dasselbe geschieht mit dem Etat betreffend die Ablösung von Domänen, Gefällen ꝛc. — Es folgt der Etat der indirekten Steuern.

Abg. Michaelis (Stettin) spricht für Verminderung der Steuern, insonderheit der Runkelrübenzucker-Steuer, durch welche die inländische Industrie an ihrer Ausdehnung gehemmt werde. Regierungs-Kommissar Geh. Rath Geim spricht sich dahin aus, daß die Regierung bereit sei, einen anderen Steuermodus eintreten zu lassen, jedoch hierzu noch Verhandlungen mit den übrigen Zollvereinsregierungen nothwendig seien.

Finanzminister v. d. Heydt: Die Einholung der Genehmigung ist schon in Angriff genommen.

Bei Tit. 7 (Braumalzsteuer) bemerkt Abg. Dr. Becker: Unser Bierfabrikat steht dem baierischen nicht nach, gleichwohl ist seine Ausfuhr viel geringer als die des Südens, weil man dort keine Braumalzsteuer bezahlt und bei der Ausfuhr das Produkt besteuert wird. Ist die vor einem Jahre gegebene Zusage der Regierung in Stocken gerathen oder in der Ausführung begriffen? Reg.-Kommissar: Die Maßregel zur Förderung des Exportes steht nahe bevor.

Zu Tit. 11 wird folgender Antrag vom Abg. Rohden gestellt: „Das Haus wolle erklären: es erscheine nicht gerechtfertigt, fernerhin bei der Zahlung des festen Gehaltes aus der Staatskasse an die im unmittelbaren Staatsdienste stehenden Beamten, soweit das Jahresgehalt einschließlich der Aufbesserung desselben 1000 Rt. nicht übersteigt, einen Quittungsstempel zu erheben, und zugleich gegen die Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, sie werde in der nächsten [illegible]ng des Landtages den dafür erforderlichen Entwurf zur Abänderung des Stempelgesetzes vorlegen."

Abg. Twesten: Im Jahre 1860 betrug die Einnahme aus dem Zeitungsstempel 400,000 Rt. Wie hoch sie jetzt ist, ist nicht genau anzugeben. Diese Steuer erschwert die Verbreitung nützlicher Kenntnisse und trifft namentlich die kleinen Blätter, die ins Volk gehen; sie besteuert Intelligenz und Gewerbe gerade in den unteren Klassen. Diese unbillige Steuer in den neuen Landestheilen einzuführen, wird kaum möglich sein, ebensowenig aber sie bei uns später noch aufrecht zu erhalten. Ein Ausgleich ist nothwendig und darum fordere ich die Regierung auf, eine anderweite Vertheilung und Ermäßigung dieser Steuer gerade jetzt in Erwägung zu ziehen und ihre gänzliche Aufhebung in möglichst kurzer Frist in Aussicht zu nehmen, zumal sie schwerlich mehr als eine halbe Million einbringt und der Staat durch die Verwaltung des Zeitungswesens bei der Post schon einen großen Ertrag erzielt. (Beifall.)

Abg. v. Eynern für Erleichterung der Wechselstempelung.

Abg. Michaelis (Stettin): Ich gehe in Betreff der Zeitungssteuer noch weiter als Herr Twesten, welcher die Steuer entweder vermindert oder aufgehoben wissen will; nein, ich sage: der Zeitungsstempel muß aufgehoben werden. (Beifall links.) In einem Staate, wo die Schule so unterstützt und gefördert wird, wie in Preußen, wo man seinen Stolz darin setzt, Volksbildung zu verbreiten, in einem solchen Staate will man eines der wesentlichsten Erziehungsmittel des Volkes noch immer besteuern? Die Zeitungssteuer, wie wir sie haben, ist keine Finanzmaßregel, sondern eine Polizeimaßregel, durch welche das in der Verfassung garantirte Recht, daß jeder Preuße seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung frei äußern darf, beschränkt wird. (Beifall.) Für ein Budget von so viel Millionen, wie das preußische, kann doch eine Einnahme von 300,000 Rt. finanziell keine große Rolle spielen. Glauben Sie denn nicht, meine Herren, daß die Intelligenz, die Sie hierdurch beschränken, dem Staate Steuern einbringt? Wenn Sie also durch die Stempelsteuer die Verbreitung der öffentlichen Blätter, dieser Träger der Bildung und Kultur hindern, so hindern Sie überhaupt die Verbreitung der Kultur und hierdurch verringern Sie indirekt die Staatseinnahmen; denn, meine Herren, Bildung und Intelligenz sind das produktivste Kapital. Es ist deshalb an der Zeit, daß der Schutzzoll gegen die Vermehrung der Intelligenz aufgehoben werde. (Lebhafter Beifall links.)

Regierungs-Kommissar Burckhardt: Die Staatsregierung betrachtet die Zeitungsstempelsteuer nicht als eine polizeiliche Maßregel, sondern als eine rein finanzielle. Aus welchem Gesichtspunkte ihr Ursprung abzuleiten ist, kommt dabei nicht in Betracht; jetzt ist sie eine reine Verbrauchssteuer von einem Gegenstand, der doch nicht gerade von den ärmsten, sondern gerade meist von der wohlhabendsten Klasse konsumirt wird. Daß einzelne Mißstände, vielleicht auch Ungerechtigkeiten bei der Veranlagung vorkommen, ist bei keiner Steuer zu vermeiden. Auf die Einnahmen aus der Zeitungssteuer zu verzichten, ist die Staatsregierung nicht in der Lage; sie beschäftigt sich vielmehr gegenwärtig mit der Frage, dieselbe auch in den neu erworbenen Landestheilen einzuführen. (Sensation links. Rufe: Hört, Hört! Bravo rechts.) Den Antrag des Abgeordneten v. Eynern in Betreff der Anwendung der Stempelmarken wird die Staats-Regierung in Erwägung ziehen.

Abg. Dr. Becker: Der Herr Regierungs-Kommissar legt so viel Gewicht darauf, daß die Zeitungssteuer gerade nicht von der allerärmsten Klasse getragen werde; da will ich ihm doch auch eine Steuer nennen, die mit jener viel Aehnlichkeit hat und gerade von der allerärmsten Klasse getragen wird, vorausgesetzt, daß sie lesen kann: ich meine die „Kalender-Steuer"; nach dem Prinzipe des Herrn Regierungs-Kommissars müßte man doch da lieber die Goldschnitt-Literatur besteuern. — Auf eine andere Steuer möchte ich auch noch aufmerksam machen, die noch dazu jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt; ich nenne die Steuer von drei Pfennigen, die als Eingangsporto von jeder einzelnen ausländischen Zeitungsnummer erhoben wird, die in deutscher Sprache geschrieben ist; dies bringt außer den verschiedenen anderen Nachtheilen auch noch denjenigen mit sich, daß man eine deutsche Zeitung von auswärts nie ganz franco nach Preußen schicken kann.

Abg. Michaelis (Stettin) hat unterdeß den Antrag eingereicht: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, die Zeitungssteuer vom 2. Januar 1868 ab aufzuheben."

Da es unterdeß schon vollständig finster im Hause geworden, wird die Sitzung um 3 Uhr bis Abend 7 Uhr vertagt. Der Präsident setzt auf die Tagesordnung außer der Fortsetzung der eben abgebrochenen Berathung über die indirekten Steuern den Etat des Salzmonopols, der Lotterie-Verwaltung und der direkten Steuern. Schluß 3 Uhr.

— Abendsitzung vom 13. Dezember. 7¼ Uhr.

Am Ministertisch mehrere Kommissare.

Abg. Michaelis (Stettin): Nach dem Prinzip, das der Herr Kommissar aufgestellt hat, müßte man den Besuch von Gymnasien, die Lekture von Romanen, den Genuß von Goethe's und Shakespeare's Werken besteuern. In der Intelligenz wird die produktivste Kraft der Nation besteuert und in dem Lande, das seine Kinder lesen lehrt, wird ihnen später die Lektüre verkürzt! Das ist unwürdig eines Kulturstaates. Und wie straft sich diese Steuer: unsere Augen spüren sie an dem engen Druck und dem schlechten Papier, dessen Fabrikation sie zu Ungunsten der besseren Qualitäten fördert, während sie zugleich ihren Druck auf den Inhalt ausübt und ein wahres Attentat auf die Bildung ist. (Beifall, Unterbrechung rechts.) Alle Parteien haben dasselbe Interesse an ihrer Beseitigung, aber am wenigsten dürfen wir sie in die neuen Landestheile importiren, vielmehr sollten wir ihre Stempelfreiheit adoptiren. Die Stadt Frankfurt versieht einen Theil Deutschlands mit Zeitungen und diesen Theil sollen wir zu Steuerzahlern an die preußische Staatskasse machen! Also weg mit dieser Steuer! (Lebhafter, wiederholter Beifall links. Präsident macht auf die Inkonvenienz dieses sich kreuzenden Beifalls und Zischens aufmerksam und empfiehlt Schweigen.)

Abg. Hoppe unterstützt diese Ausführung. Reg.-Kommissar Burckhardt: Die Zeitungsteuer mag ursprünglich polizeiliche Zwecke verfolgt haben, heute hat sie nur einen rein finanziellen Charakter und mit demselben muß sie, ich wiederhole es, fortbestehen. Sie trifft den Aermeren, aber nicht vorzugsweise und das Pathos, mit dem sie ein Attentat auf die Bildung genannt wird, erledigt sich dadurch, daß man es doch nicht für gerechter halten wird, das Brod, als die Bildung zu besteuern und doch müssen wir in Preußen zuweilen das Brod besteuern. Ueber die Einführung der Steuer in die neuen Landestheile ist noch nichts entschieden.

Abg. Duncker: Unsere Gegner betrachten die Presse wie den Branntwein; kennten sie die Herstellung der ersteren wie die Spiritusbrennerei, so würden sie anders denken. Besteuerung der Zeitungen ist eine Temperanzsteuer auf den Geist. Als finanzielle Maßregel ist sie ungleich in ihrer Wirkung und so willkürlich, als sollte der Fleischer, der hundert Ochsen schlachtet, für den 101. eine besondere Steuer zahlen. Die 30,000 Thaler, die ich zahle, wälze ich ab und zwar auf die Arbeiter, welche die „Volks-Zeitung" vorzugswese lesen. Hoffentlich wird die Regierung eine Steuer, welche das gesammte Buchhändler- und Verlagsgeschäft lähmt, nicht in die von ihr freien Landestheile hineintragen.

Der Antrag des Hrn. Rohden (s. o.) mit einer kleinen Aenderung, die Hr. Sachse beantragt hat (Beamte, die im Staatsdienst stehen „und pensionirte Beamte"), wird angenommen. Darauf wird über einen, bisher nur äußerlich erwähnten, im Druck nicht vorliegenden Antrag des Herrn Berger (Solingen): die Regierung aufzufordern, dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf, betr. die gänzliche Aufhebung des Zeitungsstempels vorzulegen — abgestimmt und derselbe angenommen. (Dagegen die Konservativen und Altliberalen.

Zu Tit. 13. (Strom-Hafengelder) beantragt Hr. Hammacher, vom 1. Januar 1868 die Schifffahrtsgelder auf der Lippe und Ruhr aufzuheben. Es sind dies die beiden letzten Flüsse, von denen der Staat Abgaben bezieht. Der Finanzminister, der inzwischen eingetreten, weist darauf hin, daß diese Abgaben nur für das Fahrwasser und den Ruhrorter Hafen verwendet werden, nicht mehr, wie vor Decennien, zu anderweiten Zwecken. — Der Antrag wird abgelehnt.

Die folgenden Titel, so wie die Ausgaben werden fast ohne Diskussion genehmigt. — Desgleichen der Etat des Salzmonopols, nur fragt bei Tit. 8. der Ausgaben Hr. Twesten, ob noch Neubauten nothwendig seien, wenn die Aufhebung des Monopols bevorsteht? Regier.-Kommissar Geim: Diese Bauten fallen weg.

Zum Etat der Lotterie-Verwaltung hat Hr. Wuttke einen Antrag gestellt auf baldige Aufhebung der Lotterie. Hr. Lasker: Wenn nur der Herr Antragsteller die Mittel nachgewiesen hätte, eine Einnahme von 1,338,300 Thlr. zu ersetzen! Nur soll die Lotterie nicht auf die neuen Landestheile übertragen werden und er fragt bei der Regierung deshalb an. Diese schweigt. Hr. Lasker fragt später noch einmal, worauf der Finanzminister erwiedert: es ist noch keine Bestimmung getroffen. — Der Etat wird ohne Widerspruch erledigt.

Es folgt der Etat der Seehandlung. — Hr. Reichenheim als Referent zollt der Verwaltung dieses Instituts seine vollste Anerkennung und belegt mit Zahlen die günstigen Resultate desselben; das Anlage- und Betriebs-Kapital verzinst sich mit $14\frac{18}{30}$ Prozent.

Abg. Michaelis will die Vorzüge der Verwaltung durchaus nicht beeinträchtigen, erinnert aber daran, daß ein solches Staats-Institut, das auf Rechnung des Staates betrieben wird und einen unbeschränkten Kredit aufnehmen kann, eine Ironie auf das Steuer- und Anleihe-Bewilligungsrecht der Volksvertretung sei, dem er in nächster Zeit einmal näher treten werde. — Der Etat wird genehmigt, ebenso der der preußischen Bank und der Münze ohne Debatte.

Beim Etat der Staatsdruckerei regt Abg. Dr. Becker die Frage an ob es wohl nothwendig sei, eine solche beizubehalten; um der Nachbildung der Banknoten vorzubeugen, räth er, dieselben typographisch zwar einfacher, aber auf besonderes Papier zu drucken, wie dies in England geschieht.

Der Etat wird genehmigt. — Schluß: 9¼ Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Direkte Steuern, Etat der allgemeinen Kassen-Verwaltung, Etat von Hohenzollern.

Tilsit, 12. Dezember. Die liberale Partei hat hier als Kandidaten für die nächste Parlamentswahl in erster Reihe den Abgeordneten Freiherrn v. Hoverbeck aufgestellt; auch an Professor Aegidi aus Hamburg ist bei der Vorbesprechung gedacht worden.

Rendsburg, 9. Dezember. Dem Vernehmen nach sind vor Kurzem auf Veranlassung des Kriegsministeriums bei dem Tapezirer Bitterling hierselbst 300 Stück für Rechnung des Erbprinzen von Augustenburg lagernde wollene Decken mit Beschlag belegt worden und werden nunmehr, wie verlautet, an das hiesige Militär-Depot ausgeliefert werden.

Hannover, 12. Dezember. Nach Minden sind ferner abgeführt der Brigadier Oberst v. Bülow-Stolle, welcher kürzlich im Auftrage des Königs Georg den Oberstlieutenant Gündell in Stade seines Amtes enthob, der Rittmeister in der Gendarmerie v. Petersdorff zu Göttingen und der Ortspolizeidiener des Fleckens Stolzenau, der Proklamationen des Königs Georg angeschlagen und sonst verbreitet hat. Ferner sind hier und an mehreren anderen Orten Verhaftungen von Personen vorgekommen, welche preußi-

sches Militair beleidigten. In dem heutigen Schlußtermine haben wieder viele Unteroffiziere und Musiker der früheren hannoverschen Armee ihren Uebertritt in den preußischen Dienst erklärt; die Wünsche derselben auf Einreihung in Regimenter an ihren bisherigen Garnisonsorten oder auf Versetzung an Regimenter in den älteren preußischen Provinzen sind thunlichst berücksichtigt worden. Die Musterung von der hiesigen Kreisersatz-Kommission geht ruhig weiter und finden alle begründeten Reklamationen das bereitwilligste Gehör. Es stellt sich indeß heraus, daß viele Militairpflichtige sich der Einstellung durch Auswanderung entzogen haben.

Kassel, 10. Dezember. Mit dem 8. d. M. sind nunmehr die Funktionen des ehemaligen kurfürstlich hessischen General-Auditorats eingestellt worden. Dasselbe vertrat in der Ausübung der Militairgerichtsbarkeit die Stelle eines Obergerichts, während es selbst hinsichtlich der Verwaltung und Strafrechtspflege unter der speziellen Oberaufsicht des Kurfürsten stand, welcher sich dieselbe besonders vorbehalten hatte. Diese widerrechtliche Stellung war auch die Ursache, weshalb fast auf jedem, seit 1831 abgehaltenen Landtage diese Angelegenheit zur Sprache kam und man mehrfach auf Aufhebung dieser exceptionellen Behörde, jedoch stets vergebens, drang. Es gehörte dieselbe allerdings auch zu den Eigenthümlichkeiten des ehemaligen Kurstaates, aber ihr Wegfall ist nicht zu beklagen. — Den Beamten des Kurfürstlichen Kriegs-Ministeriums, welche noch mit der Abwickelung der Geschäfte beauftragt waren, ist nunmehr die Alternative freigestellt worden, ob sie in preußische Dienste übertreten oder in den Ruhestand versetzt sein wollen.

Frankfurt a. M., 12. Dezember. In der 12. Sitzung der Bundes-Liquidations-Kommission am 6. d. Mts. sind, wie die „Karlsruher Ztg." hört, von Oesterreich Forderungen aus der Bundesexekution in Holstein-Lauenburg in den Jahren 1851—52 mit etwa $7\frac{1}{3}$ Mill. Gulden C.-M., ferner Beträge von 54,000 Gulden aus der Exekution in Kurhessen und von 320,173 Gulden aus der Exekution in Holstein im Jahre 1863 angemeldet worden.

Braunschweig, 11. Dezember. Nachdem gestern die Legitimation der Landtagsabgeordneten und heute die Beeidigung derselben stattgefunden, wurde heute im Namen Sr. Hoh. des Herzogs durch den Herrn Staatsminister v. Campe der zwölfte ordentliche Landtag für eröffnet erklärt. Oberbürgermeister Caspari erhält das Präsidium.

Dresden, 12. Dezember. Zur Feier des Geburtstages des Königs waren heute die öffentlichen Gebäude und viele Privathäuser mit Flaggen in den sächsischen Farben geschmückt, und die Wachtmannschaften und Ordonnanzen hatten in Folge eines Gouvernementsbefehls zu Ehren des Tages den Paradeanzug angelegt. Um 3 Uhr war die Generalität und das Offizierkorps der preußischen und sächsischen Besatzung zu einem Diner im Jägerhofe vereinigt, dem auch der Königl. preußische Höchstkommandirende Herr General v. Bonin und der Kriegsminister Herr v. Fabrice beiwohnten. Ein besonderer Freudentag sollte das Königl. Geburtsfest für die Militärstrafanstalt sein, indem im Laufe des Vormittags den Strafarbeitern durch den Kommandanten der Anstalt eine Allerhöchste Verordnung bekannt gemacht wurde, nach welcher vielen Sträflingen „infolge ihres guten Verhaltens während der Abwesenheit der Armee" der Rest ihrer Strafzeit theils ganz erlassen, theils sehr abgekürzt wurde.

Karlsruhe, 10. Dezember. Prinz Friedrich von Augustenburg traf vorgestern Abend mit dem würtembergischen Zuge hier ein und übernachtete im Gasthofe zum Erbprinzen. Gestern Morgen reiste der Prinz wieder ab, wie die „Bad. Ldsztg." hört, nach Baden, wo er den Winter zuzubringen gedenkt.

Ausland.

Wien, 9. Dezember. Die vollständige Aufhebung, nicht blos Modifikation der Wuchergesetze, hat nunmehr die Kaiserliche Sanktion erhalten.

London, 12. Dezember. In der Themse ist ein großer dreimastiger eiserner Dampfer, „Bolivar" mit Namen, in Beschlag genommen, weil er angeblich den Feniern gehören soll. Er hatte 30 Pulverfässer und viel anderes Kriegsmaterial an Bord. Der Kapitän ist entkommen.

Pommern.

Stettin, 14. Dezember. In der gestrigen nur spärlich besuchten Versammlung des Bürger-Vereins bemerkte der Vorsitzende zunächst, daß die nach dem Sitzungsprotokolle vom 25. Oktober derzeit noch unerledigt gebliebene Angelegenheit wegen des Ankaufes der Kirchenhäuser in der Mönchenstraße durch den von den Stadtverordneten neuerdings gefaßten Beschluß ihre Erledigung gefunden habe. Eine von dem Herrn Holtz gemachte Mittheilung, dahin gehend, daß der Kaufvertrag zwischen dem Kirchen-Kollegium und der Stadt bereits abgeschlossen, berichtigte Herr Köhler in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter dahin, daß jener Abschluß — wie wir auch bereits berichtet haben — noch nicht erfolgt, sondern beschlossen sei, vom Verkäufer zunächst eine Abänderung des bekannten Kontraktspassus wegen des Rückkaufsrechtes zu verlangen. Hr. Holtz glaubt, daß das Kirchen-Kollegium auf dies Verlangen eingehen werde, da das Verkaufsgeschäft für dasselbe unbedingt vortheilhaft sei. — Herr Stadtsekretär Herrmann erwähnt der Unglücksfälle, welche häufiger durch das Herabfallen der Schrotleitern der Rollfuhrwerke entstehen und beantragt, die Königliche Polizei-Direktion zu ersuchen, die Anordnung zu treffen, daß die Schrotleitern entweder an der Seite der Wagen oder unterhalb derselben befestigt werden, sowie daß zur leichteren Ermittelung von Kontraventionen alle öffentlichen Rollfuhrwerke deutlich numerirt werden. In der sich über diesen Antrag entspinnenden Debatte werden verschiedene Vorschläge, wie dem Herabfallen der Schrotleitern zweckmäßig abzuhelfen sei, laut; ebenso wird bemerkt, daß die beantragte Numerirung der Wagen eine bereits bestehende polizeiliche Vorschrift sei. Nach dem Wunsche des Antragstellers wird die Sache bis zur nächsten Sitzung vertagt, um dann noch die Ansicht von Sachverständigen über die zweckmäßigste Art und Weise einer Aenderung der jetzigen Einrichtung zu hören. — Hiernächst regte Herr Oberlehrer Prust die Frage an, ob es sich empfehle, daß Seitens des Vereins Schritte gethan würden, um die in vielfacher Hinsicht äußerstlästige Straßenmusik auf den Drehorgeln, sowie die offenbar damit verbundene Bettelei zu inhibiren, wobei er namentlich bemängelt, daß auch Ausländern das Musiciren gestattet werde. Die Herren Herrmann und Pietzke erachten ein definitives Verbot solchen Musicirens in Rücksicht darauf, daß das Gewerbesteuergesetz diese Art des Broderwerbes ausdrücklich gestattet, die betreffenden Leute dem Staate auch ihre Gewerbesteuer zahlen, für entschieden unzulässig und sei auch wohl keine Aussicht vorhanden, eine Abänderung der Gesetzgebung zu erzielen. Herr Herrmann macht aber den Vorschlag, um dem Gewerbebetriebe doch einigermaßen sein Recht zu lassen, einen Mittelweg in der Weise einzuschlagen, daß die Behörde ersucht werde, künftig das Spielen nur auf den Höfen der Häuser zu gestatten. Eine Beschlußfassung wird ebenfalls bis zur nächsten Sitzung vertagt. — Bezüglich der in der letzten Stadtverordneten-Sitzung zur Sprache gebrachten Zweckmäßigkeit der Anlage von massiven Bohlwerken wünscht Hr. Holtz, daß der Verein sich ebenfalls für derartige Anlagen erkläre. Hr. Köhler spricht aus verschiedenen Gründen gleichfalls für den Bau massiver Bohlwerke, wogegen Herr Piest deren Herstellung entschieden für zu kostspielig hält und Hr. Kuhlmeyer darauf hinweist, daß ein massiver Bau namentlich auf den Strecken zwischen den Brücken bei der dort vorhandenen größeren Wassertiefe ganz anderes Material als auf den übrigen Strecken erfordere. Da der Verein sich schon früher mit der in Rede stehenden Frage beschäftigt hat, sollen die bezüglichen Verhandlungen in der nächsten Sitzung vorgelegt und die Sache dann weiter besprochen werden. — Ebenso wird auf Anregung des Herrn Prust eine nähere Besprechung über den beabsichtigten neuen Rathhausbau und speziell darüber vorbehalten, ob es sich empfehle, nur einen dem Bedürfniß entsprechenden oder einen wirklich monumentalen Bau auszuführen. — Schließlich kam noch zur Sprache, wie im Interesse der Sicherheit und Bequemlichkeit des öffentlichen Verkehrs eine Anordnung zu wünschen sei, daß Jeder in den Straßen stets die rechte Seite des Trottoirs passire. So begründet dieser Wunsch auch im Allgemeinen erschien, überzeugte man sich doch, daß dessen Ausführung sich nicht wohl werde erzielen lassen, wenn nicht das Publikum selbst dazu beitrage. Ebenso wurde noch des Uebelstandes erwähnt, daß das Trottoir an manchen Stellen nach der Rinnsteinseite zu so schräg liege, daß dadurch die Sicherheit der Passage gefährdert werde, in welcher Beziehung eine Abhülfe dringend geboten sei.

Stettin, 14. Dezember. In Folge des in den gestrigen Abendstunden, namentlich aber während der Nacht bei ziemlich starkem Nordoststurme stattgehabten bedeutenden Schneefalles war die Kommunikation, selbst in den Straßen der Stadt, heute früh fast vollständig gestört. Erst im Laufe des Vormittags trat insofern eine Besserung ein, als wie die Hausbesitzer überall Anstalten trafen, mindestens die Trottoire säubern zu lassen, wogegen der Verkehr auf den Straßen selbst und den öffentlichen Plätzen noch durch große Schneemassen behindert war. Hoffentlich wird zur Beseitigung dieses Uebelstandes bald mit der Abfuhr des Schnees überall begonnen werden.

— Eine ziemlich erhebliche Zahl größtentheils inländischer Schiffe befindet sich hier bereits in Winterlage.

— Wenngleich bereits ein Theil der Ladung des aufgelaufenen Dampfers „Dresden" in Leichterfahrzeugen gelöscht ist, hat es doch noch immer nicht gelingen wollen, denselben wieder flott zu machen und sind zu diesem Zwecke jetzt anderweite Anstalten getroffen. Zur Unterhaltung des täglichen Verkehrs der Interessenten zwischen hier und dem „Dresden" ist das Dampfboot „Ponny" besonders engagirt.

— Am 7. d. M. Abends wurde dem Gastwirth Brandt am Bohlwerk aus der unverschlossenen Stube ein Kopfkissen entwendet. Der Dieb ist bisher nicht ermittelt.

— Die bei dem Kaufmann Ide in Dienst gestandene unverehelichte Henriette Büttner aus Colbatz stahl vor einigen Tagen dem in demselben Hause wohnhaften Zimmermeister Schönberg eine Fußdecke. Ebenso wurden in dem Besitze derselben verschiedene Gegenstände gefunden, welche sie geständlich ihrer Dienstherrin, der Frau Kaufmann Ide, fortgenommen hatte.

— Nach einem Erlaß des Ministers des Innern ist bei Pensionirung von Kommunalbeamten die Pension von $\frac{2}{3}$ des Gehalts auch von den später gewährten persönlichen Zulagen zu zahlen, sofern dieselben als Gehalts-Erhöhung, nicht als Entschädigung für Repräsentationskosten anzusehen sind.

— Aus Greifenhagen wird gemeldet, daß der zum Stadtrath gewählte entschieden liberale Kaufmann F. Bartelt bestätigt worden ist.

— Im hiesigen Stadttheater kommt Morgen, Sonnabend, den 15. Dezember als erstes Gastspiel des Königlich preußischen Hof-Opernsängers Herrn Th. Formes: Die Jüdin, große Oper in 5 Akten von Halevy, zur Aufführung.

— (Personal-Chronik.) Der bisherige Provinzialvikar Thilo ist zum Pastor in Pielburg, Synode Neustettin, erwählt und in sein Pfarramt eingeführt worden; desgl. der Rektor und Hülfsprediger Ehrhardt in Zachan zum Diakonus in Altenkirchen a. Rügen. — Das Diakonat in Bergen a. Rügen, Königl. Patronats, gelangt durch Versetzung zur Erledigung und ist sofort wieder zu besetzen. — An dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Greifenberg ist die Beförderung des Konrektors Riemann zum Prorektor genehmigt worden. — Die Berufung des Schulamts-Kandidaten Otto Goltzsch zum Gesanglehrer an der höheren Töchterschule zu Demmin ist genehmigt worden. — An der Friedrich-Wilhelms-Schule zu Stettin ist der Schulamts-Kandidat Karl Friedrich Meyer als Kollaborator definitiv angestellt. — Der bisherige Forstaufseher Schmidt zu Cashagen in der Oberförsterei Jacobshagen ist unter Belassung seiner jetzigen Stelle zum Königl. Förster ernannt. — Der Wasserbau-Inspektor Wernekink hier ist zum Ober-Bau Inspektor ernannt und an die K. Regierung zu Posen versetzt worden. Die dadurch erledigte hiesige Wasserbau-Inspektorstelle hat der Herr Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten dem zum Wasserbau-Inspektor ernannten bisherigen Kreisbaumeister Degner aus Lankuppen verliehen. — Der bisherige Landschafts-Deputirte, Landrath v. Gottberg auf Manewitz, ist in Stelle des ausgeschiedenen Landschafts-Raths Kutscher zum Rath des Stolpschen Landschafts-Departements gewählt und in sein Amt eingeführt worden; ebenso der Rittergutsbesitzer, Hauptmann v. d. Osten-Witzmitz b. in Stelle des ausgeschiedenen Landschafts-Raths v. Plötz zum Rath des Treptower Landschafts-Departements. — Versetzt sind: der Post-Inspektor Buttkus von Stettin nach Aachen; der Post-Kassen-Kontroleur, Ober-Post-Kommissarius Kühl, als kommissarischer Post-Inspektor von Halle a. S. nach Stettin. — Angestellt ist: der Post-Expedient v. Noell bei der Königl. Post-Expedition in Cammin i. Pomm.

Rügenwaldermünde, 11. Dezember. Heute 11 Uhr strandete hier dicht hinter der Westmoole, der russische Schooner Johanna, Capt. Jacobson, von Stettin nach Windau bestimmt, in Ballast; nachdem das Schiff in See sehr leck geworden. Die Besatzung des Schiffs ist geborgen.

Altwarp, 12. Dezember. Vor einigen Nächten ist bei dem Kaufmann Hirschfeld hierselbst ein Einbruch verübt und sind außer dem in der Kasse vorgefundenen baaren Gelde hauptsächlich wollene Waaren im Werthe von mehreren hundert Thalern entwendet worden. Die Diebe haben noch nicht ermittelt werden können. — Bei dem gestrigen heftigen Schneesturm schlug im Haff ein mit 3 Mann besetztes hiesiges Fischerboot um und sind diese Personen, sämmtlich Familienväter, ertrunken.

Bublitz, 12. Dezember. (Od.-Z.) Vorgestern fiel die Ehefrau des Zimmermanns Wruck hierselbst vom Heuboden, von welchem sie Schnee fortschaffen wollte, und zwar so unglücklich, daß sie, obgleich sofort ärztliche Hülfe herbeigeholt wurde, bereits gestern Abend, wahrscheinlich an innerer Verblutung, starb. — Wie in den letzten Jahren, so hat auch in diesem Jahre der hiesige Damenverein für eine Christbescheerung für arme Schulkinder gesorgt.

Vermischtes.

Cuxhaven, 9. Dezember. Am Bord des hier auf der Rhede ankernden, von Harburg mit Nitro-Glycerin nach Carnaervon bestimmten englischen Schooner's „Patriot", Kapitän Brand, ist diese Nacht im Vordertheil des Schiffes Feuer ausgebrochen; die Mannschaft des Schiffes verließ dasselbe und kam hier an Land, während das Schiff explodirte.

Neueste Nachrichten.

Wien, 13. Dezember, Abends. Die „Wiener Abendpost" meldet: In Folge der Anfrage der österreichischen Regierung, betr. die Regelung der Handels- und Zollangelegenheiten mit Preußen, ist jetzt aus Berlin eine Antwort eingetroffen, welche eine baldige Inangriffnahme der Verhandlungen in Aussicht stellt. Als der Ort der Berathungen ist von Seiten Preußens Wien vorgeschlagen worden; dem Eintreffen eines preußischen Bevollmächtigten darf in kürzester Zeit entgegengesehen werden.

Wien, 13. Dezember, Abends. Zu den Verhandlungen, betreffend die Revision des austro-preußischen Handelsvertrages, werden als preußische Bevollmächtigte die Herren Delbrück und Philippsborn übermorgen hier erwartet.

Pest, 13. Dezember, Abends. In der heutigen Konferenz der Partei Deak's wurde konstatirt, daß Niemand zu dem Adreß-Entwurf ein Amendement stellen wolle; derselbe wird somit wahrlich ohne Debatte angenommen werden.

Bern, 13. Dezember, Nachmittags. Der Bundesrath hat die Regierung des Kanton Wallis aufgefordert, den dortigen Jesuiten jede öffentliche anderweite Thätigkeit als Erzieher und Lehrer in Schulen und Kirchen zu untersagen.

Petersburg, 13. Dezember, Abends. Der „Russische Invalide" weist in Erwiderung eines Artikels der „France" die Analogie zurück, welche dieses Blatt zwischen den früheren Insurrektionen in Polen und der jetzigen in Kandia zieht. Letztere, sagt der „Invalide", sei ausschließlich dadurch motivirt, daß die den Christen gegenüber eingegangenen Vertragsbestimmungen und Garantien nicht zur Ausführung gelangt wären. Rußland sende weder Freiwillige noch Waffen nach Kandia, wie andere Mächte bei den polnischen Insurrektionen gethan hätten, aber es mache durchaus kein Hehl aus seinen unveränderlichen Sympathien für jede christliche Bevölkerung.

Konstantinopel, 13. Dezember. Zwischen dem Vicekönig von Egypten und dem Prinzen Mustapha Fazyl ist ein Abkommen getroffen, nach welchem der Prinz eine jährliche Apanage von 20,000 Pfd. Sterl. und für seine Domänen eine Summe von 2,080,000 Pfd. St. enthält. — Die Pforte hat beschlossen, die Ausbeutung der Staatsbergwerke und Staatsforsten der Privatindustrie zu überlassen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 14. Dezbr. Witterung: schön, Nachts 1 Fuß Schneefall. Temperatur — 2 °R. Wind: NO.

An der Börse.

Weizen höher bezahlt, schließt ruhig, loco pr. 85pfd. gelber 76 bis $84\frac{1}{2}$ Rt. bez., 83—85pfd. gelber Dezember 83, $82\frac{3}{4}$ Rt. bez., Frühjahr 85, $84\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., $84\frac{3}{4}$ Br.

Roggen steigend bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 53, $54\frac{1}{2}$ Rt. bez., Dezember 53, $53\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., Dezember-Januar 53, $53\frac{1}{2}$ Rt. bez., Januar-Februar 53, $53\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr 53, $53\frac{1}{2}$ Rt. bez., Mai-Juni 54 Rt. Gd., Juni-Juli $54\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Gerste, Hafer und Erbsen ohne Umsatz.

Rüböl etwas fester, loco $12\frac{1}{4}$ Rt. Br., Dezember 12 Rt. bez., Dezember-Januar $11\frac{11}{12}$ Rt. Br., April-Mai $12\frac{1}{6}$ Rt. bez., September-Oktober $12\frac{1}{4}$ Rt. Br.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß $15\frac{5}{12}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., Dezember u. Dezember-Januar $15\frac{5}{12}$ Rt. Gd., Dezember-Januar ohne Faß $15\frac{7}{12}$ Rt. bez., Januar-Februar $15\frac{5}{8}$ Rt. bez., Frühjahr $16\frac{1}{12}$ Gd.

Angemeldet: 100 Wspl. Roggen.

Berlin, 14. Dezember, 2 Uhr — Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine $84\frac{1}{2}$ bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % $98\frac{3}{8}$ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 129 bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien $93\frac{3}{4}$ bez. Oesterr. National-Anleihe $51\frac{1}{2}$ bez. Pomm. Pfandbriefe $88\frac{3}{8}$ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien $176\frac{1}{4}$ bez. Amerikaner 6% 76 bez.

Roggen Dezember $56\frac{1}{8}$ bez., $56\frac{3}{8}$ Gd., Dezember-Januar $55\frac{1}{2}$ bez., $\frac{5}{8}$ Br., Frühjahr 53 bez., $53\frac{1}{4}$ Gd. Rüböl loco $12\frac{5}{12}$ Br., Dezember $12\frac{1}{3}$, $\frac{7}{24}$ bez., Dezember-Januar $12\frac{1}{6}$, $\frac{1}{8}$ bez., April-Mai $12\frac{5}{24}$ bez. Spiritus loco 16 bez., Dezember $15\frac{5}{6}$, $\frac{3}{4}$ bez., Dezember-Januar $15\frac{3}{4}$, $\frac{5}{6}$ bez., April-Mai $16\frac{3}{8}$, $\frac{1}{2}$ bez.

Hamburg, 13. Dezember. Getreidemarkt im Allgemeinen fest, aber ruhig. Weizen auf Termine 2 Thlr. höher; pr. Dezember 5400 Pfd. netto 148 Bankothaler Br., 147 Gd., pr. Frühjahr 142 Br., 141 Gd. Roggen pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 88 Br., 87 Gd., pr. Frühjahr 88 Br., 87 Gd. Oel loco $25\frac{5}{8}$, pr. Mai $26\frac{3}{4}$. Kaffee und Zink fest, unverändert. — Regenwetter.

Stettin, den 14. December.

Berlin	kurz	—	Pom. Chauss.-		
„	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5	—
Hamburg	6 Tag.	$151\frac{7}{8}$ G	Used.-Wollin.		
„	2 Mt.	151 G	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	$143\frac{5}{8}$ G	St. Str.-V.-A.	4	—
„	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	115 B
London	10Tag.	6 $23\frac{3}{4}$ B	Pr. See-Assec.-		
„	3 Mt.	6 $21\frac{3}{4}$ B	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tg.	—	Pomerania	4	111 G
„	2 Mt.	$80\frac{5}{12}$ B	Union	4	$101\frac{1}{2}$ G
Bordeaux	10 Tg.	$80\frac{5}{6}$ B	St.Speich.-Act.	5	—
„	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.-		
„	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—	N. St. Zucker-		
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
„	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-		
Preuss. Bank	$4\frac{1}{2}$	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl.5457	$4\frac{1}{2}$	$98\frac{1}{2}$ B	Bredower „	4	—
„ „	5	$103\frac{3}{4}$ bz	Walzmühl-A.	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	$84\frac{1}{2}$ B	St.Portl.-Cem.-		
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	120 bz	Fabrik	4	—
Pomm.Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$89\frac{3}{8}$ B	Stett. Dampf		
„ „	4	$78\frac{1}{4}$ G	Schlepp-Ges.	5	260 B
„ Rentenb.	4	—	Stett. Dampf-		
Ritt.P.P.B.A.			schiffs-Verein	5	—
à 500 Rtl.	—	92 B	N. Dampfer-C	4	95 G
Berl.-St. Eis.-			Germania	4	100 B
Act. Lt. A. B.	4	$128\frac{3}{4}$ bz	Vulkan	4	—
„ Prior.	4	—	Stett. Dampf-		
„ „	$4\frac{1}{2}$	—	mühlen-Ges.	4	101 G
Starg.-P. E. A.	$4\frac{1}{2}$	94 B	Pommerensd.		
„ Prior.	4	—	Chem. Fabrik	4	—
Stett. Stdt-O.	$4\frac{1}{2}$	98 B	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.-			Stettin. Kraft-		
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schausp.-			Gemeinnützige		
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.	5	—